

Mai

April

1

Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 können Unternehmen Arbeitskräfte aus ganz Europa schon für 3 Euro und weniger pro Stunde in Deutschland einsetzen. Davor schützt nur der flächendeckende Mindestlohn.

DIE LINKE.

Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 droht eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag weg. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Diese Löhne können in naher Zukunft bei zwei oder drei Euro die Stunde liegen.

Von diesem Lohndumping profitieren deutsche und ausländische Unternehmen. Leidtragende sind die Beschäftigten. Dagegen hilft nur ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn. Das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort« muss zum Schutz bestehender Lohnstandards uneingeschränkt Gültigkeit haben.

Die Unternehmen wollen die Löhne weiter nach unten drücken

Die Politik der Regierungen Schröder und Merkel hat in den vergangenen Jahren zu desolaten Zuständen auf dem Arbeitsmarkt geführt: Reallöhne stagnieren oder sinken sogar. Sieben Millionen Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, erhalten für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, ist Altersarmut für immer mehr Menschen vorprogrammiert.

Diese Situation droht sich jetzt noch weiter zu verschärfen. Die Unternehmen wollen die Löhne weiter nach unten drücken. Deshalb fordert DIE LINKE, spätestens zum 1. Mai 2011 einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen, der bis zum Jahr 2013 auf zehn Euro pro Stunde zu erhöhen ist. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten in

Deutschland gelten – unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder nur vorübergehend hier arbeiten oder aus welchem Land sie kommen. Er schützt gegen Lohndumping und muss für alle Beschäftigten zur gesetzlichen Lohnuntergrenze werden.

Mindestlohn sichert Arbeit in Würde

Nur der Mindestlohn gewährleistet, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, ohne zusätzlich auf Hartz IV angewiesen zu sein. Er verhindert, dass niedrige Löhne mit Steuergeld subventioniert werden müssen. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass die Binnennachfrage steigt und so neue Arbeitsplätze entstehen. Er unterbindet Lohndumping und verhindert, dass Unternehmen künftig ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander ausspielen.

Die Zeit drängt. Jahrelang hat die Politik nichts gegen die Zunahme von Niedriglöhnen getan. Im Gegenteil: Die Regierungen Schröder und Merkel haben Niedriglöhnen selbst den Weg bereitet. Mit Blick auf die europäische Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit muss die Politik jetzt endlich umsteuern. Dafür wird sich DIE LINKE in den kommenden Wochen und Monaten weiter stark machen. Mischen auch Sie sich ein und unterstützen Sie die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 90
mindestlohn@die-linke.de
www.die-linke.de